

Rainer Land

Abstrakt

Kritik der Wachstumskritik. Zur Unterscheidung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und wirtschaftlicher Entwicklung

Heute ist es fast unstrittig, dass ein weiteres Wachstum des Verbrauchs von Primärenergie und Rohstoffen bzw. der Emissionen und Ab-Produkte früher oder später zu Zusammenbruch der Ökosysteme und damit auch der wirtschaftlichen Grundlage der Menschheit führen wird. Trotz wachsender Weltbevölkerung – prognostiziert sind etwa 9 Mrd. bis 2050 – müssen der Verbrauch an Primärenergie und Rohstoffen sowie die Emissionen (vor allem von CO₂) und Abprodukte absolut sinken, teilweise bis auf Null.

Ein drastischer Rückgang des Naturverbrauchs pro Kopf Jahr für Jahr über einen Zeitraum von 20 bis 50 Jahren, ein Rückgang der deutlich größer sein muss als die Rate des Zuwachs der Weltbevölkerung, kann theoretisch auf drei miteinander kombinierbaren Wegen erreicht werden: Erstens durch Selbstbeschränkung, also dem Rückgang der Konsumtion pro Kopf, also auch realen Pro-Kopf-Einkommen. Zweitens durch Rückgang der höheren Pro-Kopf-Einkommen, also Abbau der Einkommensungleichheit, wobei das Sinken der höheren Einkommen nicht vollständig durch steigende Einkommen im unteren Einkommensbereich kompensiert werden dürfte.

Angesichts der globalen Einkommensverteilung sind aber die Effekte dieser beiden Möglichkeiten viel zu gering. Eine Reduzierung der unteren Einkommen ist global gesehen undenkbar, die Reduzierung nur der hohen Einkommen würde aber nicht ausreichen, wie zu zeigen sein wird.

Trotzdem sind beide Wege wichtig. Eine gerechtere Verteilung der Einkommen ist ganz unmittelbar eine Komponente der Regulierung der Finanzmärkte und der Eindämmung selbstreferenzieller (spekulativer) Geldbewegungen mit negativen Effekten auf die Realwirtschaft. Zudem hätte die Beschränkung der Luxuskonsumtion auch direkte ökologische Einspareffekte. Ohne Beschränkung der Luxuskonsumtion ist zudem eine Selbstbeschränkung der Einkommens-Mittelschichten, die in den entwickelten Industrieländern den größten Teil der ökologischen Lasten verursachen, nicht zu erwarten. Allgemeine Selbstbeschränkung, vor allem dieser Bevölkerungsgruppen, beim Verbrauch von Konsumgütern – vor allem solchen mit hohen ökologischen Belastungen – ist wichtig, um eine Transformation der Konsumstrukturen durch Selbstveränderung des Verhaltens einzuleiten. Dabei kann es nicht darum gehen, emanzipatorische Voraussetzungen der Moderne wie Existenzsicherung, Teilhabe an Kommunikation, Bildung, Demokratie und Mobilität nicht weiter auszubauen bzw. denen zu verweigern, die daran (noch) nicht oder nur unzureichend partizipieren. Emanzipation, Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Individualität haben eine ökonomische Grundlage, die durch einen ökosozialen Umbau nicht aufgegeben werden darf, sondern transformiert werden muss, und zwar so, dass sie mit einem Zugewinn an Verwirklichungschancen für die Individuen verbunden ist.

Die dritte und aus meiner Sicht einzig realistische Möglichkeit, erheblich und anhaltend Naturverbrauch zu reduzieren, ist ein Wechsel der Entwicklungspfad, des Innovationsregimes.

In der kapitalismuskritischen Diskussion, sofern sie von der Regulationstheorie beeinflusst ist, wird zumeist das Akkumulationsregime dargestellt, wobei dies in der Regel wachstumstheoretisch betrachtet wird.

In vielen wachstumskritischen Argumentationen wird dargestellt, dass der *Akkumulationstrieb* des Kapitals unbeschränkt, die Naturressourcen aber endlich sind. Möglichkeiten der Steigerung der Ressourceneffizienz werden in dieser wachstumstheoretischen Modellbildung ebenfalls als begrenzt betrachtet, weshalb eine Lösung der ökologischen Krise unter den Bedingungen der Dominanz von Kapitalverwertung nicht möglich sei.

Im Unterschied dazu vertrete ich eine andere wachstumskritische Position, in der gerade die Steigerung der Ressourceneffizienz als endloser Prozess gedacht wird, und zwar auf der Grundlage einer evolutorischen Wirtschaftstheorie nach Schumpeter.

Hier wird das Innovationsregime einer Produktionsweise, die Art und Weise, Innovationen hervorzu- bringen, zu selektieren, zu rekombinieren und zu verbreiten (dies zusammen macht eine Innovation aus), zum Zentrum der theoretischen Modellierung und der Akkumulationsprozess, formell die Ver- wandlung von Mehrwert in Kapital, wird zu als nachgeordnete Folge von selektiv bestimmten Inno- vationsprozessen gedacht. Der Fokus der Regulation liegt dann nicht bei der Aneignung von Wert, Mehrwert und Lohn, sondern bei den Prozessen, die der Selektion von Innovationen und damit der Richtung der technologischen Veränderung von Produktion, Konsumtion, Infrastruktur, Lebenswei- sen und Sozialstrukturen zugrunde liegen. (Genau dies Vorgehen findet man übrigens auch in Marx' „Kapital“, Abschnitt Produktion des relativen Mehrwerts).

Für die fordistische Variante der Kapitalverwertung, die regulationstheoretisch auf der Kombination von Massenproduktion und produktivitätsorientierter Lohnentwicklung beruhte, sind Innovations- prozesse typisch, die die Arbeitsproduktivität mittels positiver Skaleneffekte steigern. Sie sind weit- gehend blind für Ressourceneffizienz.

Der einzuleitende Paradigmenwechsel bedarf einer positiven Rückkopplung zwischen sinkendem Naturverbrauch, steigenden Einkommen (mit natürlich qualitativ neuen Inhalten) und Kapitalver- wertung, also eines Regulationssystems, das ressourcensteigernde Innovationen positiv selektiert – anstelle der Fokussierung auf Arbeitsproduktivität.

Ein verändertes Innovationsregime ist m.E. die letztlich tragfähige wissenschaftliche Grundlage für den Green New Deal, weil sie die qualitative Veränderung der Wirtschaftsweise ins Zentrum stellt. Man muss aus einer Wachstums- zu einer Entwicklungsperspektive übergehen, um die Vorausset- zungen einer ökologischen Kapitalverwertungsökonomie zu verstehen.

Es geht dann nicht mehr darum, gegebene Produktions- und Konsumtionsweisen durch singuläre In- novationen punktuell effektiver zu machen – etwa den Dieselmotor durch ein anderes Einspritzver- fahren mit weniger Treibstoff oder durch einen Rußfilter mit weniger Emissionen zu fahren. (Ob- wohl dies im Übergang durchaus vernünftig sein kann, löst es das eigentliche Problem nicht.) Ein- zelne Innovationen verändern Produktionsweisen immer nur im Rahmen gegebener Selektionskrite- rien, ändern also weder die Bedürfnisstrukturen noch die verwertungsrelevanten Selektionskriterien. Jede Einsparung von Ressourcen wird dann durch Rebound-Effekte des alten Wachstumstyps aufge- fressen und die volkswirtschaftliche Ressourceneffizienz steigt nicht bzw. zu langsam, langsamer als das preisbereinigte BIP. Ein Green New Deal erfordert nicht (nur) viele einzelne Innovationen zur Substitution bzw. Reduzierung von Naturressourcen, sondern einen Wechsel des Innovationsre- gimes. Green New Deal bedeutet Veränderung der Selektionskriterien und Veränderung der Ent- wicklungsrichtung der laufenden technologischen und sozioökonomischen Veränderungen, eine an- dere Richtung auch des sozialen Wandels. Grundlage des Konzepts des Green New Deal ist Um-

weltkompatibilität oder auch Umweltkonsistenz als Selektionskriterium für Innovationen. Mit einer Transformation des Innovationsregimes werden die absolute Senkung des Naturverbrauchs und die Erhaltung der Ökosysteme als Komponente des umweltkompatiblen Umbaus der Industrien, der Produktions- und Konsumtionsmittel, der Infrastrukturen und der Produktions- und Lebensweisen gedacht. Auf dieser Basis sind wirtschaftliche Entwicklung und Ökologie vereinbar – und zwar auch mit steigenden Masseneinkommen, bei freilich anderen Inhalten und mit anderen Konsumgütern.